



Alternativantrag

der Fraktion der CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP
zu „Energiesouveränität voranbringen“ (Drucksache 19/3735)

Versorgungssicherheit, Preisstabilität und Klimaschutz - Krisen gemeinsam lösen

Der Landtag wolle beschließen:

Mit großer Sorge blickt der Schleswig-Holsteinische Landtag auf die Situation in der Ukraine. Die Auswirkungen der russischen Aggression - auch auf die Energieversorgung in Deutschland und ganz Europa - sind bereits deutlich spürbar. Die Abhängigkeit von Energieimporten aus Russland muss daher dringend reduziert und schnellstmöglich beendet werden.

Parallel müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um mit den Zielen der Versorgungssicherheit, der Bezahlbarkeit und des Klimaschutzes zeitnah die möglichst vollständige Umstellung der Energieversorgung auf Basis Erneuerbarer Energien voranzutreiben.

Vor dem Hintergrund der drastischen Preissteigerungen im Energiebereich müssen wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um möglichst ohne Einschränkungen der Lenkungswirkung von Preissignalen

- der Energiearmut gezielt entgegen zu wirken,
- Verwerfungen insbesondere bei klein- und mittelständischen Unternehmen zu vermeiden,
- und ein dem Wettbewerb gerecht werdendes Verhalten der Mineralölindustrie zu erwirken.

Der Landtag verweist bezüglich erster Maßnahmen zur finanziellen Entlastung auf seinen Beschluss, Drucksache 19/3592. Weitere gezielte Maßnahmen zur Entlastung insbesondere einkommensschwacher Haushalte und besonders betroffener Unternehmen sind erforderlich. Der Landtag begrüßt grundsätzlich die von der Bundesregierung bereits getroffenen und in Diskussion befindlichen Maßnahmen.

Der Landtag bittet die Landesregierung:

- ihre Ansiedlungsstrategie weiter umzusetzen und Industrien und Gewerbe im Land zu stärken, zu stabilisieren und anzusiedeln, die Anlagen der Erneuerbaren Energien und ihre Technologien entwickeln und produzieren.
- Handwerk und Betriebe, die für den Aufbau und den Betrieb der Erneuerbaren Energieanlagen unverzichtbar sind, zu stärken und zur Unternehmensgründung zu motivieren, beispielsweise durch die Fortführung der Meistergründungsprämie.
- die Ausbildungs- und Fachkräfteoffensive in den für die Energiewende relevanten Berufen weiterhin zu unterstützen.
- eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zur Energieeinsparung und wirksamen Energieeffizienz zu starten
- bei den Landesliegenschaften, der Beschaffung und Mobilität weiterhin schnellstmöglich alle in Frage kommenden Maßnahmen zur Energieeinsparung umzusetzen.
- gemeinsam mit den bisherigen Trägern ein Energiespar-Beratungsprogramm für die Verbraucherinnen und Verbraucher aufzusetzen, um zusätzliche Beratung vor Ort anbieten zu können.
- die kommunale Wärmeplanung zeitnah weiter umsetzen und dabei auch kleine Kommunen unterstützen.
- unter Berücksichtigung der Programme des Bundes zu prüfen, mit welchen ergänzenden Landesmaßnahmen die Energieeinsparpotenziale im gewerblichen und privaten Bereich verstärkt mobilisiert werden können.
- dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und ihre Technologien in Schleswig-Holstein voranzubringen, unter Beachtung der Akzeptanz und der Rahmenbedingungen des Naturschutzes sowie einem stärkeren Zusammenbringen von Denkmalschutz und der Nutzung Erneuerbarer Energien.
- Genehmigungsverfahren zu verschlanken und die personellen Kapazitäten zur Genehmigung von Windkraftanlagen an Land, für den Ausbau der Leitungsnetze und PV-Freiflächenanlagen und Anlagen der Erneuerbaren Energietechnologien zu erhöhen, um die Genehmigungszeiten weiter zu reduzieren.
- für Biogas- und Bioenergieanlagen zeitnahe Konzepte weiterzuentwickeln, die vorrangig auf Reststoffen basieren und insbesondere einen netzdienlichen Betrieb ermöglichen.
- die Personalkapazitäten für die Genehmigung, die Planung und den Bau des LNG-Terminals als Multi- Energie Terminal in Brunsbüttel bereitzustellen, um schnellstmöglich und rechtssicher die erforderlichen Verfahren durchführen zu können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein Zugang zum Umschlag von grünem Wasserstoff oder grünen Wasserstoffderivaten über das Terminal auch für weitere

Unternehmen möglich sein muss. Dazu gehören auch die erforderlichen Industrie- und Gewerbeflächen sowie der Anschluss an ein überregionales Wasserstoffnetz.

- die Elektrolysekapazitäten in hiesiger Produktion für grünen Wasserstoff in Schleswig-Holstein mittelfristig auf 10 GW auszuweiten. Dazu gehört auch eine Nutzung der Wärme, sowie die Genehmigung von Elektrolyseanlagen, die Erneuerbaren Energieanlagen zugeordnet sind.

- die Forschung der Erneuerbaren Energien und ihrer Technologien weiter auszubauen.

Andreas Hein
und Fraktion

Bernd Voß
und Fraktion

Oliver Kumbartzky
und Fraktion